

Plenarprotokoll

103. Sitzung des Plenums

Donnerstag, 19. November 2015

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung der autochthonen Minderheiten

..... 8691

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten

des SSW

Drucksache 18/3536

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3536.pdf>

b) Handlungsplan Sprachenpolitik 8692

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und der Abg. des SSW - Drucksache

[18/3410](#) / Landtagsbeschluss vom 16. Oktober 2015)

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3410.pdf>

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau

Abgeordnete Angelika Beer.

.....
Angelika Beer [PIRATEN]: 8700

Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Renate Schnack! Lieber Matthäus Weiß! Ein wichtiger Eckpfeiler einer guten Minderheitenpolitik ist die Pflege unserer Minderheitensprachen. Ohne den Erhalt ihrer eigenen Sprachen haben die Minderheiten keine Zukunft und sind der Gefahr ausgesetzt, irgendwann assimiliert zu werden. Deshalb begrüßen wir ganz ausdrücklich, dass die Landesbeauftragte für Minderheiten zum ersten Mal in der Geschichte Schleswig-Holsteins einen **Handlungsplan** für **Minderheitensprachen** des Landes vorgelegt hat. In diesem Handlungsplan, der auch die Regionalsprache Niederdeutsch umfasst, wird insbesondere auf die Vermittlung der nordfriesischen Sprache Wert gelegt.

Meine Fraktion der PIRATEN begrüßt auch, dass die Landesregierung für die Sprache Romanes weiterhin akzeptiert, dass die Verantwortlichen der politischen und gesellschaftlichen Vertretung der Minderheit der deutschen Sinti und Roma keine Verschriftlichung oder Kodifizierung ihrer Sprache wünschen und gleichwohl das Ziel von uns allen - so hoffe ich - weiterverfolgt wird, die Bildungsteilhabe der Kinder und jugendlichen Sinti und Roma - eben dieser Minderheit - für die Zukunft zu stärken.

Für die dänische Minderheit ist dabei die geplante Änderung des Landesverwaltungs-gesetzes von Bedeutung. Lars Harms hat das ausführlich dargestellt. Auch wir hoffen, dass diese Stellen schnellstmöglich besetzt werden und entsprechend Mitarbeiter eingestellt werden können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein ist das Land mit den meisten Regional und Minderheitensprachen. Darauf sind wir stolz. Es ist aber auch eine Herausforderung. Ich sage das auch als ehemalige Europaabgeordnete, denn die **Sprachencharta** wird immer wieder diskutiert. Aber dass wir in Schleswig-Holstein dort eine Vorreiterrolle übernommen haben und übernehmen, wird doch relativ oft negiert. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Einführung der Amtssprache für **Dänisch, Friesisch** und **Plattdeutsch**. Ich glaube, lieber Oliver Kumbartzky, dass die gerade vorgetragenen Bedenken wenig mit der Realität zu tun haben, gerade weil es freiwillig schon geschieht.

Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, wird die Stärkung der Minderheiten jetzt noch einmal ein Stück konkreter. Bei den Gremiensitzungen mit den Minderheiten sind die Vorstellungen des Handlungsplans Sprachenpolitik durch Renate Schnack auf breite Zustimmung gestoßen, und im Dialog mit den Friesen wurde gerade kürzlich im Friisk Hüs in Bredstedt das sogenannte Anwachsen der nordfriesischen Sprache erörtert. Damit wird angestrebt - das halte ich für ganz besonders wichtig -, dass sich die Sprachenkompetenz von den Kindertagesstätten über alle Schultypen bis hin zur Universität fortsetzen kann.

Es ist schon erwähnt worden - die Friesen selber weisen darauf hin, aber eben auch die UNESCO und die Gesellschaft für bedrohte Völker -, dass die Sprache gefährdet ist. Deswegen hoffen wir nicht nur im Hinblick auf das Friesische, sondern auch auf alle Sprachen im Rahmen des Handlungsplans Sprachenpolitik, dass eine Anregung der Minderheitenbeauftragten gerade neulich im Gremium mit der friesischen Minderheit von uns allen wahrgenommen wird und wir gemeinsam die Umsetzung versuchen, denn sie hat gesagt - ich möchte es kurz zitieren -: Als Umsetzungsdefizit sei zu nennen, dass derzeit eine koordinierende Instanz im Sinne einer Aufgabe noch ausstehe. - Ich glaube, uns allen ist klar, dass bei diesem Vorhaben der Umsetzung eine solche koordinierende Instanz vorhanden sein muss, um das ganze Paket der Minderheitenpolitik auch gleichberechtigt nach vorn zu treiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch für uns selbst attraktiv. Ich erinnere mich, dass ich, als ich einmal in Wales war, so begeistert war, dass ich mir kleines

Handbuch mit der Sprache gekauft und mir gedacht habe: Vielleicht schaffe ich es ja. – Ich habe es nie geschafft. Aber es ist auch so, dass zum Beispiel im Bereich **Tourismus** Menschen durch eine solche Minderheitenpolitik angezogen werden, weil durch die Darstellung und Wahrnehmbarmachung der **kulturellen Vielfalt** unsere Region sicherlich an Attraktivität gewinnt.

Für mich selbst muss ich als leider nicht Friesisch sprechend sagen: Unser Gesetzentwurf, den wir heute diskutieren, gibt schon einmal die Möglichkeit, damit anzufangen, Friesisch zu lernen. Die Liste von Ortsnamen und topografischen Bezeichnungen in Deutsch und Friesisch sind ein erster Anfang. Ich glaube, nächstes Mal schaffe ich es dann, zumindest auch die Begriffe in den Minderheitensprachen richtig auszusprechen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Überweisung an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss
..... 8702

Es ist also beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/3536 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist dann einstimmig so beschlossen.

Minderheitensprachen: „Diling gunge we wider en trees foram“

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/37/debatten/top_09_57.html

Lob gab es schließlich auch von Angelika Beer (Piraten). Sie forderte eine „koordinierende Instanz, um das ganze Paket der Minderheitenpolitik auch gleichberechtigt nach vorne zu tragen“.

Der Europaausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss beraten weiter.